

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse

des Ausschusses für Technik und Umwelt

vom 05.06.2025

Sitzung: Öffentlich

Beginn: 18:02 Uhr

Ende: 20:31 Uhr

Zahl der Mitglieder des Ausschusses: 12

Anwesend: Erster Bürgermeister Setzer als Vorsitzender

und 12 Mitglieder

Anwesend:

StR Bauer, Axel
StR Bauer, Jörg
StR Dr. Brunold
StR Dobler
StR Franke
StR Gül
StR Härtner
StR Hettich
StR Malcher
StR Dr. Schwarze
StR Dr. Schweizer
StR'in Dr. Ulfert

Abwesend:

StR Gerg

Außerdem anwesend:

Herr Ellrott
Herr Großmann
Herr Kaltenleitner
Frau Föll
Frau Lebherz
Herr Schell
Frau Schaab

Zur Beurkundung

**Erster Bürgermeister
Setzer:**

Für den Ausschuss:

Schriftführer:

Tagesordnung

- § 32 Erarbeitung eines Aktionsplans für Mobilität, Klima- und Lärmschutz mit integrierter Lärmaktionsplanung, der Erstellung eines Parkraummanagementkonzepts, der Fortschreibung des Radinfrastrukturkonzepts sowie einer Modal-Split-Erhebung
- § 33 Neubau Felssicherung im Bereich Spinnerei – Sachstandsbericht zum Planfeststellungsverfahren des Eisenbahnbundesamts für die DB InfraGO AG
- § 34 Verschiedenes
- § 35 Bekanntgaben
- § 36 Anfragen

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Ausschusses für Technik und Umwelt am 05. Juni 2025 - Öffentlich -	Anwesend: Erster Bürgermeister Setzer als Vorsitzender und 12 Stadträte; Normalzahl 12
---	--

§ 32

Erarbeitung eines Aktionsplans für Mobilität, Klima- und Lärmschutz mit integrierter Lärmaktionsplanung, der Erstellung eines Parkraummanagementkonzepts, der Fortschreibung des Radinfrastrukturkonzepts sowie einer Modal-Split-Erhebung

Herr Großmann stellt den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage und einer Präsentation (siehe Anlage) vor:

1. Ausgangslage

Die Stadt Backnang steht vor der Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplans. Der derzeitige Verkehrsentwicklungsplan stammt aus dem Jahr 2006, die aktuellste Erhebung der wichtigen Planungsgrundlage Modal Split (Verteilung des Personen-Transportaufkommens auf verschiedene Verkehrsmittel) stammt aus dem Jahr 2011 und wurde vom Verband Region Stuttgart erarbeitet. Nachdem sich nun insbesondere der Ausbau der B 14 in der Realisierung befindet und die Planungen für die B 328 angelaufen sind, ist nun der richtige Zeitpunkt für eine umfassende Weiterentwicklung des Verkehrsentwicklungsplans hin zu einem Mobilitätskonzept für die Stadt Backnang, das in besonderem Maße die Verkehrsverflechtungen mit dem Umland berücksichtigt.

Wachsende Bevölkerungszahlen, eine steigende Umweltbelastung – insbesondere hinsichtlich des Lärms –, die Notwendigkeit, im Verkehrssektor spürbar Treibhausgasemissionen einzusparen, ein verändertes Mobilitätsverhalten in der Stadtgesellschaft sowie neue technologische Möglichkeiten erfordern eine Weiterentwicklung der Themen Mobilität und Verkehr im gesamtstädtischen Kontext. Dabei soll die stadtverträgliche Mobilität gestärkt, der Verkehrsfluss verbessert und Lösungen für lokale Herausforderungen im Verkehrssystem gefunden werden. Neben der komfortablen und sicheren Erreichbarkeit der Stadt, soll die Lebensqualität aller Backnangerinnen und Backnanger nachhaltig gesteigert werden.

In den letzten Jahren wurden bereits zahlreiche thematische Teilkonzepte erstellt sowie

daraus resultierende Maßnahmen umgesetzt. Der **Masterplan Green City** aus dem Jahr **2018** formuliert Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Luftqualität, beispielsweise die Entwicklung eines **digitalen Verkehrslenkungs- und Parkleitsystems** oder den Aufbau von Mobilitätsknotenpunkten im Stadtgebiet.

Im Rahmen des **Radinfrastrukturkonzepts aus dem Jahr 2018** wurde ein gesamtstädtisches Radwegenetz hierarchisiert sowie Punkt- und Streckenmaßnahmen erarbeitet, von denen in den letzten Jahren bereits zahlreiche Maßnahmen umgesetzt wurden oder sich aktuell in der Umsetzung befinden.

Mit der Erstellung des **Lärmaktionsplans Stufe 3 (LAP 3) im Jahr 2024** ist die Stadt Backnang ihrer Verpflichtung zur Aufstellung eines LAP nachgekommen; die Maßnahmen wurden in den vergangenen Monaten angeordnet und umgesetzt. Zu den Gemeinderatsklausuren 2023 und 2025 ist eine umfangreiche Grundlagenerfassung zur **Parkraumbewirtschaftung und Bewohnerparkregelung** der Stadt Backnang erfolgt. Zudem wurden erste Zielsetzungen und Rahmenbedingungen für ein Parkraummanagement formuliert, dass insbesondere das Besucher- und Bewohnerparken umfassend regelt.

Der Aktionsplan für Mobilität, Klima- und Lärmschutz ist als Vorstufe zur Neuaufstellung eines gesamtstädtischen Mobilitätskonzepts im Verbund mit dem Umland der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft (vVG) geeignet. Durch die Integration der Teilkonzepte Lärmaktionsplanung, Parkraummanagementkonzept, Radinfrastrukturkonzept und Modal-Split-Erhebung sollen die verschiedenen Teilaspekte in die Gesamtbetrachtung mit einfließen und in (priorisierten) Maßnahmen gebündelt werden. Der Fokus des Aktionsplans liegt vor allem auf kurz- und mittelfristig umsetzbaren Maßnahmen und bildet damit die Verbindung zwischen der kürzlich beschlossenen Backnanger Klimastrategie sowie der für 2027/28 vorgesehenen Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplans zum Mobilitätsplan.

2. Inhalte des Aktionsplans sowie der integrierten Teilkonzepte

Der Aktionsplan für Mobilität, Klima- und Lärmschutz basiert auf dem entsprechenden Leitfaden für kleine und mittlere Kommunen in Baden-Württemberg, welcher von der Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg und dem Ministerium für Verkehr des Landes Baden-Württemberg entwickelt und im November 2023 veröffentlicht wurden. Der Aktionsplan ist ein Instrument für eine integrierte, klima- und lärmschutzorientierte Verkehrsplanung.

Im Rahmen der Erarbeitung des Aktionsplans können folgende Teilkonzepte integriert und bearbeitet werden:

- Parkraummanagementkonzept inklusive Erhebung der Parkraumauslastung
- Lärmaktionsplanung Stufe 4
- Fortschreibung des Radinfrastrukturkonzepts
- Modal-Split-Erhebung auf Ebene der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft

Durch die integrierte Neukonzeption des Parkraummanagements wird ein einheitliches und nachvollziehbares Gesamtkonzept erstellt, das abgestuft nach den Anforderungen einzelner Quartiere realisiert werden kann. Dies beinhaltet unter anderem die Darstellung und Abwägung verschiedener Bewirtschaftungsmodelle, Empfehlungen zur Tarifgestaltung inklusive nachvollziehbarer Herleitung, der Optimierung zur Nutzung des öffentlichen Raums hinsichtlich des ruhenden Verkehrs und dem Sortieren und Bündeln des Parkens zur besseren Übersichtlichkeit.

Im Rahmen der damit verbundenen Analyse soll durch die Erhebung des gesamtstädtischen Parkraumangebots die Parkraumbelastung und -auslastung ermittelt werden, um Rückschlüsse auf Verbesserungs- und Optimierungspotenziale zu liefern. Die Bearbeitung erfolgt interdisziplinär durch das Ordnungsamt, der Kämmerei, dem Tiefbauamt sowie dem Stadtplanungsamt.

Als Teil des Aktionsplans soll die vierte Stufe des Lärmaktionsplans gemäß Umgebungslärmrichtlinie (2002/49/EG) auf Grundlage der vorliegenden Lärmkartierung des Landes erstellt werden. Damit wird die dritte Stufe des Lärmaktionsplans aus dem Jahr 2024 fortgeschrieben. Diese Fortschreibung ist aufgrund der gesetzlichen Anforderungen für die Stadt Backnang zwingend.

Zudem soll das Radinfrastrukturkonzept der Stadt Backnang aus dem Jahr 2018 im Rahmen des Aktionsplans fortgeschrieben und aktualisiert werden.

Da keine aktuellen Modal-Split-Daten vorliegen, sollen diese Daten im Rahmen des Aktionsplans anhand einer passend ausgearbeiteten Methodik auf Ebene der vVG erhoben werden. Dadurch sollen Erkenntnisse zu den Wegebeziehungen zwischen den einzelnen Gemeinden der vVG gewonnen werden. Die Daten aus der Modal-Split-Erhebung können in Zukunft dazu dienen, die Veränderungen im Mobilitätsverhalten als Resultat umgesetzter Maßnahmen nachvollziehen und bewerten zu können.

Für die Erstellung des Aktionsplans und der integrierten Teilkonzepte wird innerhalb von 12 Monaten ein konkretes Maßnahmenprogramm zur kurzfristigen Behebung von Defiziten auf

Basis aktueller Daten sowie eine Strategie zur langfristigen Ausrichtung der Stadt in diesem Themenbereich entwickelt. Basierend auf einer umfassenden Analyse wird eine strategische Zielsetzung konzipiert, welche sowohl übergeordnete Ziele als auch lokale Handlungsbedarfe berücksichtigt und in einem zukunftsweisenden Leitbild miteinander vereint. Die daraus abgeleiteten Handlungsbedarfe werden als konkrete, auf die Stadt Backnang zugeschnittenen Maßnahmen ausgearbeitet. Zudem werden Kriterien für die entwickelten Maßnahmen festgelegt, mit denen der Gemeinderat Prioritäten für die kommenden Jahre setzen kann. Flankiert wird die Konzepterstellung mit verschiedenen Formaten der Öffentlichkeitsbeteiligung.

3. Förderung qualifizierter Fachkonzepte

Qualifizierter Fachkonzepte beschäftigen sich mit der Gestaltung von nachhaltiger Mobilität und der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen im Verkehr. Sie liefern zudem die Grundlage, um die zahlreichen Fördermöglichkeiten für kommunale Verkehrsinfrastruktur des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) passgenau nutzen zu können.

Die Stadt Backnang beabsichtigt, im Rahmen des Aktionsplans mehrere Teilkonzepte mit zu bearbeiten. Dies beinhaltet die Teilkonzepte Parkraumkonzept, die Erhebung der Parkraumauslastung, das Radverkehrskonzept sowie die Modal-Split-Erhebung; lediglich die für Kommunen gesetzlich verpflichtende Lärmaktionsplanung wird nicht finanziell unterstützt. Durch die Kombination mehrerer Teilkonzepte wird von einem **Fördersatz von etwa 65%** ausgegangen. Für die Kosten von rund 200.000 EUR nach dem Angebot des Büros Planerosocietät vom 30.04.2025 sollen demnach rund 130.000 EUR im Rahmen der Förderung vom Land Baden-Württemberg bezuschusst werden; der Eigenanteil der Kommune liegt somit bei rund 70.000 EUR, verteilt auf die Jahre 2025/26.

4. Bisheriger Prozessverlauf

Im Anschluss an die Klausur des Gemeinderates im Februar 2025 wurde auf Basis eines Leistungsverzeichnisses Angebote für die Erstellung des Aktionsplans bei insgesamt fünf Fachbüros eingeholt, von denen drei ein entsprechendes Angebot fristgerecht eingereicht haben. Für die Bewertung wurde eine Bewertungsmatrix erarbeitet, die folgende Aspekte nach einer festgelegten Punktesystematik berücksichtigen:

- Angebotsinhalte,
- Referenzen

- Erfahrungshintergrund
- Angebotspreis

Nach einer Vorprüfung der Angebote sowie einem persönlichen Gespräch mit allen drei Büros hat sich die Auswahlkommission in Absprache mit der Vergabestelle für das Büro Planersocietät aus Dortmund auf der Grundlage des Angebots vom 30.04.2025 in Höhe von 199.920,00 EUR brutto entschieden. Die Vergabe soll vorbehaltlich eines positiven Förderbescheids durch das Regierungspräsidium erfolgen.

5. Weiteres Vorgehen

Parallel zum Beschluss des Ausschusses für Technik und Umwelt wird der Antrag zur Förderung qualifizierter Fachkonzepte beim zuständigen Ministerium für Verkehr des Landes Baden-Württemberg eingereicht. Bei einem positiven Förderbescheid erfolgt die formelle Vergabe an das ausgewählte Büro Planersocietät aus Dortmund. Der Arbeitsbeginn schließt unmittelbar daran an.

6. Finanzierung

Im Haushalt 2025 wird einer überplanmäßigen Aufwendung beim PSK 51100200.42710010 von 37.500 EUR zugestimmt. Die Deckung erfolgt im Falle der Bewilligung von Zuschussmitteln des Landes über PSK 51100200.31410000 in entsprechender Höhe. Die notwendigen zusätzlichen Eigenmittel von 20.000 EUR werden über die eingestellten Budgetmittel finanziert. Damit stehen im aktuellen Haushaltsjahr Finanzierungsmittel von 57.500 EUR zur Verfügung.

Im Haushalt 2026 werden die zur Restfinanzierung notwendigen Mittel prioritär veranschlagt.

Stadtrat Hettich merkt an, in der Vergangenheit sei bereits viel Geld für ähnliche Planungen ausgegeben worden. Er erkundigt sich, wie viele andere Kommunen den Aktionsplan bereits erstellt haben und ob die Erarbeitung vor dem Ausbau der B14 Sinn mache.

Stadtrat Franke fragt, ob das Vorhaben für die Verwaltung in einem überschaubaren zeitlichen Rahmen leistbar sei. Es sei wichtig, die Bevölkerung einzubinden.

Stadträtin Dr. Ulfert bittet um eine Erklärung des Begriffs der „aneignenden Beteiligung“. Sie fragt, was geplant sei, wenn die Förderung nicht bewilligt werde.

Der Vorsitzende erklärt, in dem Aktionsplan seien viele Wünsche und Anregungen des

Gemeinderats der letzten Jahre gebündelt. Da aktuelle Daten sehr wichtig seien, sollen vorhandene Planungen und Konzepte überarbeitet werden. Wann anschließend die Umsetzung erfolge, hänge vom Gemeinderat ab. Sofern die Förderung nicht bewilligt werden, komme man nochmals auf das Gremium zu. Man sei sich sicher, dass die Verwaltung das Vorhaben stemmen könne.

Herr Großmann schließt an, die Stärke der Konzeption sei, dass man gemeinsam priorisieren könne. Mit aneignender Beteiligung seien Methoden, die zum Mitmachen animieren, gemeint. Da zwischen der Konzepterstellung und der letztendlichen Umsetzung immer mehrere Jahre liegen, sei das Warten bis zum Abschluss des Ausbaus der B14 unsinnig. Bereits mehrere Kommunen haben den Aktionsplan bereits erarbeitet. Er nennt einige Beispiele.

Stadtrat Dr. Brunold erkundigt sich welchen Vorteil das Planungsbüro Planersocietät gegenüber anderen Büros, mit denen die Stadt bereits zusammengearbeitet hat, habe.

Stadtrat Härtner merkt an, das Vorhaben beinhalte viele Chancen. Vorschläge bezüglich des Busverkehrs, die an den Landkreis gerichtet werden, benötigen verlässliche Daten als Grundlage. Gegen den Verkehrslärm müsse weiterhin vorgegangen werden. Der Rad- und Fußverkehr müsse ebenfalls bedacht werden.

Stadtrat A. Bauer merkt an, das Parkraummanagement müsse das gesamte Stadtgebiet einbeziehen.

Herr Großmann sagt, die Büros, mit denen man bisher zusammengearbeitet habe, haben gute Arbeit geleistet. Der Vorteil des Büros Planersocietät sei der Beteiligungsaspekt und die langjährige Erfahrung im Bereich der Nahmobilität.

Der Vorsitzende schließt weitere Details an.

Das Gremium diskutiert kontrovers.

Stadtrat Dr. Brunold erkundigt sich nach Informationen der Erhebungen für den Lärmaktionsplan.

Herr Großmann erläutert Details und teilt mit, genaue Zahlen der Verkehrszählung im vergangenen Jahr können nachgereicht werden.

Stadtrat Dobler merkt an, regelmäßige Sachstandsbericht seien wichtig. Der Gemeinderat solle miteingebunden werden und die Maßnahmen priorisieren können.

Der Vorsitzende sagt dies zu.

Der Ausschuss für Technik und Umwelt

beschließt

einstimmig entsprechend geänderter Sitzungsvorlage:

1. Der Gemeinderat stimmt der Erstellung eines Aktionsplans für Mobilität, Klima- und Lärmschutz gemäß dem Leitfaden der Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg und des Ministeriums für Verkehr des Landes Baden-Württemberg zu. Bestandteil des Aktionsplans sind die Teilkonzepte Lärmaktionsplanung Stufe 4, die Erstellung eines Parkraummanagementkonzepts inklusive Erhebung der Parkraumauslastung, die Fortschreibung des Radinfrastrukturkonzepts sowie eine Modal-Split-Erhebung auf Ebene der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft.
2. Für die Bearbeitung des Aktionsplans wird das Büro Planersocietät aus Dortmund nach entsprechendem Angebot vom 30.04.2025 in Höhe von 199.920,00 EUR brutto ausgewählt. Die Vergabe erfolgt unter Vorbehalt der Förderzusage qualifizierter Fachkonzepte durch das Regierungspräsidium Stuttgart.
3. Im Haushalt 2025 wird einer überplanmäßigen Aufwendung beim PSK 51100200.42710010 von 37.500 EUR vorbehaltlich der Bezuschussung zugestimmt. Die Deckung erfolgt dann über PSK 51100200.31410000 in entsprechender Höhe.
4. Zur Sicherstellung der Restfinanzierung werden zum Haushalt 2026 die benötigten Mittel eingestellt.
5. Der Gemeinderat wird fortlaufend über die Zwischenergebnisse in der Erstellung des Aktionsplans unterrichtet.

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Ausschusses für Technik und Umwelt am 05. Juni 2025 - Öffentlich -	Anwesend: Erster Bürgermeister Setzer als Vorsitzender und 12 Stadträte; Normalzahl 12
--	--

§ 33

Neubau Felssicherung im Bereich Spinnerei – Sachstandsbericht zum Planfeststellungsverfahren des Eisenbahnbundesamts für die DB InfraGO AG

Herr Großmann stellt den Sachverhalt anhand einer Präsentation (siehe Anlage) vor.

Stadträtin Dr. Ulfert begrüßt das Vorhaben. Sie erkundigt sich, weshalb es nur in der Bauphase 1 und 2 Sperrpausen gebe.

Der Vorsitzende sagt zu, diese Frage in die Stellungnahme der Stadt aufzunehmen.

Stadtrat Franke fragt ob es keine näheren ökologischen Ersatzflächen gebe und ob etwas in Bezug auf mögliche archäologisch bedeutete Funde geplant sei.

Der Vorsitzende teilt mit, für diesen Fall gebe es entsprechende Vorgaben. Im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens werde zudem geprüft, ob mit bedeutsamen Funden zu rechnen sei. Auf die Ausgleichsmaßnahmen habe die Stadt keinen Einfluss.

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Ausschusses für Technik und Umwelt am 05. Juni 2025 - Öffentlich -	Anwesend: Erster Bürgermeister Setzer als Vorsitzender und 12 Stadträte; Normalzahl 12
--	--

§ 34

Verschiedenes

Brücke über die Weissach im Bereich der Eugen-Adolff-Straße - Information Brückenzustand

Herr Warstat tritt hinzu.

Herr Kaltenleitner und Herr Warstat stellen den Sachverhalt anhand einer Präsentation (siehe Anlage) vor.

Stadtrat J. Bauer erkundigt sich, wie die Umleitung für schwere LKW geplant sei.

Stadtrat Malcher schlägt als Alternative zwei Behelfsbrücken zwischen dem Aldi Parkplatz und dem Parkplatz des Finanzamtes vor. Er merkt an, dass gegen die Tempoüberschreitungen Maßnahmen ergriffen werden hätten können.

Stadtrat A. Bauer lobt die Verwaltung sowie das THW für die schnelle Reaktion.

Herr Kaltenleitner fügt weitere Informationen zur Umleitung an.

Herr Warstat tritt ab.

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Ausschusses für Technik und Umwelt am 05. Juni 2025 - Öffentlich -	Anwesend: Erster Bürgermeister Setzer als Vorsitzender und 12 Stadträte; Normalzahl 12
--	--

§ 35

Bekanntgaben

Der Vorsitzende teilt mit, die Stadt Backnang habe für 2026 die Förderzusage der Städtebauförderung in Höhe von 1,5 Millionen Euro für Gebiete in der Innenstadt erhalten. Die geplanten Maßnahmen können daher umgesetzt werden.

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Ausschusses für Technik und Umwelt am 05. Juni 2025 - Öffentlich -	Anwesend: Erster Bürgermeister Setzer als Vorsitzender und 12 Stadträte; Normalzahl 12
---	--

§ 36

Anfragen

Stadtrat Gül erkundigt sich, ob die Bauarbeiten am Pavillon des Lokals BASE bis zum Straßenfest fertiggestellt seien.

Der Vorsitzende teilt mit, die Arbeiten seien gestoppt worden, da keine Baufreigabe vorliege. Es gebe die Auflage, dass die Arbeiten nur fortgeführt werden dürfen, wenn es einen Nachweis gebe, dass diese bis zum Straßenfest fertiggestellt seien.

Stadtrat Hettich teilt mit, an der Baustelle werde aktuell immer noch gearbeitet.

Der Vorsitzende erklärt, man gehe der Sache nach.

Stadtrat Gül merkt an, die Parkdauer auf den Parkplätzen in der Wilhelmstraße im Bereich des Technikforums sei aktuell auf 15 Minuten begrenzt. Grund für diese Begrenzung sei der dortige Getränkehändler gewesen. Er fragt, ob zulässige Parkdauer nun erhöht werden könne.

Der Vorsitzende teilt mit, man prüfe dies.

Stadtrat Dobler spricht das Verkehrschaos Anfang der Woche in der Maubacherstraße an. Ab Dienstag sei die Situation deutlich besser gewesen. Er fragt, ob der Grund für diese Verbesserung eine Anpassung der Beschilderung gewesen sei oder es andere Gründe gebe.

Der Vorsitzende sagt zu, das Thema verwaltungsintern zu prüfen.

Stadtrat A. Bauer erkundigt sich nach dem Automaten am Aspacher Kreisel und ob dieser genehmigt sei.

Der Vorsitzende teilt unter Vorbehalt mit, dieser stehe auf privaten Grund. Man liefere jedoch weitere Informationen nach.